

### INHALT

26. Novelle des Tiroler Grundverkehrsgesetzes 1966
27. Entwicklung der Gemeinde-Abgabenertragsanteile Jänner bis Juli 2009 und August 2009

28. Finanzdaten der Gemeinden Tirols 2008
- Verbraucherpreisindex für Juni 2009 (vorläufiges Ergebnis)*

## 26.

### Novelle des Tiroler Grundverkehrsgesetzes 1996

Mit Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes G 85/08 vom 11. Dezember 2008 wurden jene Bestimmungen im § 6 des Tiroler Grundverkehrsgesetzes 1996 (im Folgenden kurz TGVG) als verfassungswidrig aufgehoben, welche als Genehmigungsvoraussetzung für den Rechtserwerb an land- oder forstwirtschaftlichen Grundstücken eine Pflicht zur Selbstbewirtschaftung normierten bzw. im Zusammenhang mit der Selbstbewirtschaftungspflicht standen. Das Inkrafttreten der gegenständlichen Aufhebung wurde vom Verfassungsgerichtshof mit dem Ablauf des 30. September 2009 bestimmt, um dem Tiroler Landesgesetzgeber die Schaffung einer verfassungskonformen Regelung zu ermöglichen.

Im vergangenen Juli-Landtag wurde nunmehr eine mit 1. Oktober 2009 in Kraft tretende Novelle des TGVG beschlossen, mit der primär dem genannten Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes Rechnung getragen und die darin festgestellte Verfassungswidrigkeit beseitigt werden soll, mit der aber auch von der Aufhebung nicht berührte Bestimmungen aufgrund der bei der Vollziehung gewonnenen Erfahrungen und der dabei zu-

tage getretenen Unzulänglichkeiten geändert wurden.

Im Folgenden sollen die wesentlichsten Änderungen sowie die sich für die Gemeinden ergebenden Neuerungen des TGVG kurz dargestellt werden.

Um die vom Verfassungsgerichtshof ausgesprochene Verfassungswidrigkeit zu beseitigen, wurden die im TGVG normierten Voraussetzungen für die Erlangung einer grundverkehrsbehördlichen Genehmigung für den Rechtserwerb an land- oder forstwirtschaftlichen Grundstücken in wesentlichen Zügen neu gestaltet. So wurden insbesondere generell die Genehmigungsvoraussetzungen der Selbstbewirtschaftung und der Residenzpflicht beseitigt. Beim Rechtserwerb wird nunmehr als Genehmigungsvoraussetzung vorrangig auf die Sicherstellung einer nachhaltigen ordnungsgemäßen Bewirtschaftung abgestellt. Während beim Erwerb eines *forstwirtschaftlichen* Grundstückes als weitere Genehmigungsvoraussetzung nur mehr die Abgabe einer „Freizeitwohnsitz-erklärung“ – also der Erklärung, dass kein Freizeitwohnsitz geschaffen werden soll – verlangt wird, muss bei der Genehmigung von Rechtserwerben an *landwirt-*

*schaftlichen* Grundstücken künftig zwischen Nicht-Landwirten und Landwirten unterschieden werden, wobei zu letzterer Gruppe neu auch jene Personen zählen, die zwar gegenwärtig noch keinen landwirtschaftlichen Betrieb führen, die aber die Ausübung einer solchen Tätigkeit beabsichtigen und hierzu befähigt sind.

Beim Rechtserwerb an landwirtschaftlichen Grundstücken durch einen *Landwirt* wurden die bisher im § 6 Abs. 1 TGVG normierten Voraussetzungen für eine Genehmigung nur verfeinert. Dort wird nunmehr verlangt, dass der Rechtserwerb den Grundsätzen der Schaffung, Erhaltung oder Stärkung leistungsfähiger land- oder forstwirtschaftlicher Betriebe, der Schaffung, Erhaltung oder Stärkung eines wirtschaftlich gesunden land- oder forstwirtschaftlichen Grundbesitzes und der Aufrechterhaltung oder Herbeiführung einer nachhaltigen flächendeckenden Bewirtschaftung der land- oder forstwirtschaftlichen Grundflächen nicht widerspricht und dass der Erwerber eine „Freizeitwohnsitzerklärung“ abgibt.

Beim beabsichtigten Rechtserwerb durch einen *Nicht-Landwirt* kommt künftig dagegen das so genannte „Interessentenmodell“ zur Anwendung, dessen Kernstück der neu gefasste § 7a TGVG ist. Dieses Modell ermöglicht grundsätzlich auch einem Nicht-Landwirt, der lediglich die nachhaltige ordnungsgemäße Bewirtschaftung gewährleisten und eine Freizeitwohnsitzerklärung abgeben muss, den Rechtserwerb an landwirtschaftlichen Grundstücken. Über das entsprechende Rechtsgeschäft ist allerdings vor dessen Genehmigung von der Grundverkehrsbehörde eine Kundmachung zu erstellen, die der Gemeinde zu übermitteln und dort an der Amtstafel unverzüglich anzuschlagen ist. Diese Kundmachung, die nach dem Ablauf von vier Wochen von der Gemeinde samt Anschlagvermerk der Grundverkehrsbehörde rück zu übermitteln ist, hat unter anderem den Hinweis zu enthalten, dass innerhalb der Anmeldefrist jede Person bei der Grundverkehrsbehörde ihr Interesse am Erwerb des (der) Grundstückes(e), das (die) den Gegenstand des Rechtsgeschäftes bildet(en), schriftlich oder niederschriftlich anmelden kann. Wenn es sich bei der anmeldenden Personen um einen Landwirt handelt, der die Voraussetzungen eines Interessenten nach den §§ 2 Abs. 6 und 7a Abs. 5 TGVG erfüllt, führt eine solche Anmeldung aufgrund der Prämisse, dass Landwirte gegenüber Nicht-Landwirten in erhöhtem Maß zur Er-

reichung der mit dem „grünen Grundverkehr“ verfolgten Ziele beitragen, zur Versagung der Genehmigung für das ursprünglich mit dem Nicht-Landwirt abgeschlossene Rechtsgeschäft durch die Grundverkehrsbehörde.

In weiterer Folge bleibt es dem potentiellen Veräußerer überlassen, ob er das – eine gewisse Zeit lang verbindliche – Angebot des als Interessent auftretenden Landwirtes annimmt oder nicht. Es besteht zu diesem Zeitpunkt somit auch für die Gemeinde die Möglichkeit, sich anstelle des Nicht-Landwirtes um den Abschluss eines entsprechenden Rechtsgeschäftes zu bemühen.

Kommt ein solches Rechtsgeschäft zustande – bzw. auch in allen sonstigen Fällen eines Rechtserwerbes der Gemeinde an land- oder forstwirtschaftlichen Grundstücken – gelten nunmehr im TGVG neue Regelungen. Schon bisher wurde den Gemeinden im TGVG insofern eine Sonderstellung eingeräumt, als deren Rechtserwerbe zu genehmigen waren, wenn diese unmittelbar oder mittelbar zur Erfüllung der ihr obliegenden Aufgaben benötigt wurden. Nunmehr werden die Gemeinden bei Vorliegen dieser Voraussetzungen – und sofern sich der Rechtserwerb auf ein im betreffenden Gemeindegebiet gelegenes Grundstück bezieht – von der Genehmigungspflicht ausgenommen.

Dasselbe gilt künftig auch für Rechtserwerbe durch den Bund oder das Land Tirol, sofern der jeweilige Rechtserwerb der Besorgung gesetzlich vorgesehener Aufgaben dient.

Neben dem Wegfall der Selbstbewirtschaftungs- und Residenzpflicht sowie der Einführung des Interessentenmodells sieht das novellierte TGVG weitere Liberalisierungen vor. So gelten künftig etwa jene Grundstücke, die bereits seit mehr als zehn Jahren nicht mehr ganz oder teilweise im Rahmen eines land- oder forstwirtschaftlichen Betriebes für land- oder forstwirtschaftliche Zwecke genutzt werden, nicht mehr als land- oder forstwirtschaftliche Grundstücke und werden insofern nicht mehr den Regelungen des „grünen Grundverkehrs“ unterworfen.

Weiters wird im Rahmen der so genannten „Restflächenregelung“ unter gewissen Voraussetzungen für land- und forstwirtschaftliche Grundstücke mit einer Fläche von höchstens 300 m<sup>2</sup> eine Ausnahme von der Genehmigungspflicht normiert.

Die sogenannten „Siedlungserweiterungsbereiche“ –

also jene Flächen, die zur Befriedigung des Wohnbedarfes und für Zwecke der Wirtschaft zukünftig als Bauland gewidmet werden sollen – werden generell vom Anwendungsbereich des TGVG ausgenommen.

Auch die Versagungstatbestände des § 7 Abs. 1 TGVG, an denen sämtliche Rechtserwerbe zu messen sind, unabhängig davon, ob ein Landwirt oder ein Nicht-Landwirt erwirbt, wurden deutlich gestrafft.

Mit der Regelung des § 6 Abs. 6 TGVG werden schließlich auch geplante Erweiterungen von Gewerbe- und Industriebetrieben bzw. von Bergbauanlagen durch eine Lockerung der allgemeinen Genehmigungsvoraussetzungen erleichtert.

Im Bereich des Grundverkehrs mit Baugrundstücken wurde das Verfahren bei der unzulässigen Verwendung eines Freizeitwohnsitzes neu geregelt. Dies sieht nun unter anderem eine Beweislastumkehr im Zusammenhang mit der illegalen Freizeitwohnsitznutzung und nach der allfälligen bescheidmäßigen Feststellung der unzulässigen Verwendung als Freizeitwohnsitz die Versteigerung des betreffenden Objektes vor.

Da sich die Löschung des eingetragenen Rechtes im

Grundbuch in der Praxis als nicht ausreichend erwiesen hat, wird durch die Neufassung des § 11 Abs. 4 TGVG als Sanktion für die nicht fristgerechte Bebauung eines unbebauten Baugrundstückes bzw. die nicht fristgerechte Herstellung des der Flächenwidmung entsprechenden Zustandes nunmehr die Versteigerung des betreffenden Grundstückes auf Antrag der Grundverkehrsbehörde normiert.

Eine Änderung bei der Zuständigkeit hat sich insofern ergeben, als anstelle der Landes-Grundverkehrskommission künftig der Unabhängige Verwaltungssenat über Berufungen zu entscheiden hat.

Weiters wird aufgrund der Beseitigung der Selbstbewirtschaftungspflicht künftig von einem von der Gemeinde zu bestellenden Mitglied/Ersatzmitglied der Bezirks-Grundverkehrskommission die Landwirteigenschaft gemäß § 2 Abs. 5 lit. a TGVG und nicht wie bisher die Selbstbewirtschaftung eines land- oder forstwirtschaftlichen Betriebs verlangt.“

Dr. Peter Christ, Abteilung Verfassungsdienst

## 27.

### Entwicklung der Gemeinde-Abgabenertragsanteile Jänner bis Juli 2009 und August 2009

Die Gemeinde-Abgabenertragsanteile Jänner bis Juli 2009 und August 2009 liegen vor. Im Merkblatt für die Gemeinden Tirols Mai 2009 wurde bereits über die im Lichte der März-Prognose 2009 des Wirtschaftsforschungsinstitutes nach unter korrigierte Prognose 2009 des Finanzministeriums berichtet. Das Finanzministerium geht danach für 2009 von einer Verminderung der Gemeinde-Abgabenertragsanteile in der Höhe von 2,801% von 680,19 auf 661,13 Mio. € aus.

In den Monaten Jänner bis Juli 2009 wirkte sich der prognostizierte Einbruch schmerzhaft aus. Die Gemeinde-Abgabenertragsanteile verminderten sich gegenüber dem Vorjahr um – 2,56% von 390,20 auf 380,22 Mio. €.

Mit den Gemeinde-Abgabenertragsanteilen August 2009 wird der Einbruch noch schmerzhafter werden.

Die Gemeinde-Abgabenertragsanteile werden sich nämlich gegenüber dem Vorjahr um – 6,67% von 47,63 auf 44,45 Mio. € vermindern. Die Verminderung ist insbesondere auf den Einbruch bei der Lohnsteuer – 2,57 Mio. € (– 15,78%) zurückzuführen. Die Lohnsteueraufrollungen im Grunde der Steuerreform im Juni werden in den August-Ertragsanteilen schlagend. Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung drückt die Ergebnisse auch bei den anderen Steuern von besonderem Gewicht, wie veranlagter Einkommensteuer, Körperschaftssteuer und Umsatzsteuer. Die August-Ertragsanteile werden den Gemeinden am 10. September zufließen.

Die Gemeinden werden gebeten, den verminderten Zufluss bei den Gemeinde-Abgabenertragsanteilen in ihrer Liquiditätsplanung zu berücksichtigen.

Ertragsanteile an <b>EINKOMMEN-U. VERMÖGENSTEUERN</b>	Jänner-Juli		Differenz	Änderung
	2008	2009		
	in Euro	in Euro	in Euro	in %
Veranlagter Einkommensteuer	14.838.454	13.261.520	-1.576.935	-10,63
Lohnsteuer	110.316.305	111.416.694	1.100.389	1,00
Kapitalertragsteuer I	6.730.525	6.027.305	-703.221	-10,45
Kapitalertragsteuer II (auf Zinsen)	4.037.241	4.368.432	331.191	8,20
Körperschaftsteuer	33.312.486	26.823.086	-6.489.399	-19,48
Erbschafts- und Schenkungssteuer	730.493	867.030	136.537	18,69
Stiftungseingangssteuer	0	64.034	64.034	0,00
Bodenwertabgabe	452.086	529.687	77.601	17,17
<b>Summe Einkommen- und Vermögensteuern</b>	<b>170.417.591</b>	<b>163.357.788</b>	<b>-7.059.803</b>	<b>-4,14</b>
<b>SONSTIGEN STEUERN</b>				
Umsatzsteuer*) + x)	114.346.976	116.139.931	1.792.954	1,57
Abgabe von alkoholischen Getränken	924	916	-8	-0,89
Tabaksteuer	7.423.766	7.768.799	345.034	4,65
Biersteuer	1.019.478	977.330	-42.148	-4,13
Mineralölsteuer	21.535.079	20.897.439	-637.639	-2,96
Alkoholst., Branntweinaufschl. und Monopolausgl.	706.273	736.128	29.855	4,23
Weinsteuer	6	0	-6	0,00
Schaumwein- und Zwischenerzeugnissteuer	6.820	7.399	579	8,48
Kapitalverkehrssteuern	744.884	695.033	-49.851	-6,69
Werbeabgabe	2.378.719	2.292.214	-86.505	-3,64
Energieabgabe	4.584.784	3.769.512	-815.273	-17,78
Normverbrauchsabgabe	2.274.783	2.072.965	-201.818	-8,87
Grunderwerbsteuer	40.519.144	39.800.258	-718.887	-1,77
Versicherungssteuer	5.653.276	5.769.853	116.577	2,06
Motorbezogene Versicherungssteuer	6.870.447	7.145.887	275.440	4,01
KFZ-Steuer	472.014	385.108	-86.906	-18,41
Konzessionsabgabe	1.087.425	1.175.097	87.672	8,06
<b>Summe sonstige Steuern</b>	<b>209.624.799</b>	<b>209.633.869</b>	<b>9.070</b>	<b>0,00</b>
<b>Verbleiben Ertragsanteile an Einkommen- u.Vermögenst. und sonstigen Steuern</b>	<b>380.042.389</b>	<b>372.991.657</b>	<b>-7.050.732</b>	<b>-1,86</b>
Kunstförderungsbeitrag	74.882	75.816	933	1,25
<b>Summe ohne Zwischenabrechnung</b>	<b>380.117.272</b>	<b>373.067.472</b>	<b>-7.049.799</b>	<b>-1,85</b>
Zwischenabrechnung**)	10.084.047	7.157.398	-2.926.649	-29,02
<b>G E S A M T</b>	<b>390.201.319</b>	<b>380.224.870</b>	<b>-9.976.448</b>	<b>-2,56</b>
*) davon Getränkesteuerausgleich	31.650.775	31.693.432	42.657	0,13
***) davon Getränkesteuerausgleich	374.272	576.135	201.863	53,93
Summe	32.025.047	32.269.567	244.520	0,76
x) davon Ausgleich Selbstträgerschaft	0	1.846.845	1.846.845	100,00

Ertragsanteile an	August		Differenz	Änderung
	2008	2009		
<b>EINKOMMEN-U. VERMÖGENSTEUERN</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>		
	in Euro	in Euro	in Euro	in %
Veranlagter Einkommensteuer	-802.103	-994.872	-192.769	24,03
Lohnsteuer	16.306.669	13.733.248	-2.573.421	-15,78
Kapitalertragsteuer I	2.293.309	2.321.907	28.598	1,25
Kapitalertragsteuer II (auf Zinsen)	605.653	433.470	-172.184	-28,43
Körperschaftsteuer	-305.318	-833.521	-528.203	173,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	89.195	91.637	2.442	2,74
Stiftungseingangssteuer (erst ab 12/2008)	0	10.267	10.267	100,00
Bodenwertabgabe	1.207	6.925	5.718	473,81
<b>Summe Einkommen- und Vermögensteuern</b>	<b>18.188.613</b>	<b>14.769.062</b>	<b>-3.419.551</b>	<b>-18,80</b>
<b>SONSTIGEN STEUERN</b>				
Umsatzsteuer *) + x)	16.698.519	17.381.876	683.357	4,09
Abgabe von alkoholischen Getränken	67	66	-2	-2,38
Tabaksteuer	155.667	271	-155.396	-99,83
Biersteuer	137.001	136.692	-309	-0,23
Mineralölsteuer	2.945.030	2.873.977	-71.053	-2,41
Alkoholst., Branntweinaufschl. und Monopolausgl.	86.329	66.361	-19.968	-23,13
Weinsteuer	0	0	0	0,00
Schaumwein- und Zwischenerzeugnissteuer	865	438	-428	-49,40
Kapitalverkehrsteuern	35.051	27.410	-7.640	-21,80
Werbeabgabe	394.255	328.957	-65.299	-16,56
Energieabgabe	618.084	425.532	-192.552	-31,15
Normverbrauchsabgabe	482.718	475.472	-7.246	-1,50
Grunderwerbsteuer	5.571.808	5.593.265	21.457	0,39
Versicherungssteuer	842.913	918.613	75.700	8,98
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.262.653	1.283.974	21.321	1,69
KFZ-Steuer	4.702	2.832	-1.869	-39,76
Konzessionsabgabe	205.860	170.328	-35.532	-17,26
<b>Summe sonstige Steuern</b>	<b>29.441.523</b>	<b>29.686.064</b>	<b>244.541</b>	<b>0,83</b>
<b>Verbleiben Ertragsanteile an Einkommen- u. Vermögenst. und sonstigen Steuern</b>	<b>47.630.136</b>	<b>44.455.126</b>	<b>-3.175.010</b>	<b>-6,67</b>
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
<b>GESAMT</b>	<b>47.630.136</b>	<b>44.455.126</b>	<b>-3.175.010</b>	<b>-6,67</b>

*) davon Getränkesteuerausgleich	4.621.703	4.745.630	123.927	2,68
----------------------------------	-----------	-----------	---------	------

x) davon Ausgleich Selbstträgerschaft	0	263.835	263.835	100,00
---------------------------------------	---	---------	---------	--------

## Finanzdaten der Gemeinden Tirols – Entwicklung 2006 bis 2008

	BEZIRKE				INNSBRUCK-STADT				SUMME TIROL							
	2006 (278 Gem.)		2007 (278 Gem.)		2008 (278 Gem.)		2006		2007		2006 (279 Gem.)		2007 (279 Gem.)		2008 (279 Gem.)	
	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW
Einwohnerzahl lt. Volkszählung 2001	560.086	2.057	560.086	2.177	113.457	113.457	113.457	113.457	113.457	673.543	673.543	673.543	673.543	673.543	673.543	673.543
Abgestufter Bevölkerungsschlüssel	852.605	431	852.605	311	264.733	264.733	264.733	264.733	264.733	1.117.338	1.117.338	1.117.338	1.117.338	1.117.338	1.117.338	1.117.338
Finanzkraft I	77.297.686	380	80.333.985	311	21.994.698	22.116.170	23.007.062	23.007.062	23.007.062	99.292.384	102.450.155	102.450.155	102.450.155	102.450.155	102.450.155	102.450.155
1 Ordentliche Einnahmen 1)	1.152.089.882	2.057	1.219.227.926	2.177	1.279.762.291	2.285	272.781.131	2.404	282.516.199	2.555	1.424.871.013	2.115	1.501.744.125	2.230	1.569.652.853	2.330
2 Außerordentliche Einnahmen 1)	241.278.627	431	174.373.135	311	195.151.273	348	54.454.216	480	43.157.769	531	295.732.843	439	217.530.924	323	255.356.244	379
3 Gesamteinnahmen	1.393.368.509	2.488	1.393.601.061	2.488	1.474.913.564	2.633	327.235.348	2.884	325.673.968	3.086	1.720.603.857	2.555	1.719.275.049	2.553	1.825.011.097	2.710
4 Personalaufwand 2)	217.546.432	388	226.909.513	405	243.252.136	434	56.107.023	495	57.111.845	523	273.653.455	406	284.021.358	422	302.534.114	449
5 Sachaufwand	934.014.955	1.668	985.747.599	1.760	1.044.222.251	1.864	218.617.932	1.927	224.211.611	2.034	1.452.632.887	1.711	1.209.959.211	1.796	1.274.990.768	1.893
6 Ordentliche Ausgaben 1)	1.151.561.387	2.056	1.212.657.112	2.165	1.287.474.387	2.299	274.724.955	2.421	281.323.457	2.556	1.426.286.342	2.118	1.493.980.569	2.218	1.577.524.883	2.342
7 Außerordentliche Ausgaben 1)	242.628.461	433	175.947.849	314	190.279.798	340	54.454.216	480	43.157.769	531	297.082.677	441	219.105.638	325	250.486.769	372
8 Gesamtausgaben	1.394.189.948	2.489	1.388.604.961	2.479	1.477.754.185	2.638	329.179.171	2.901	324.481.246	3.087	1.723.369.020	2.559	1.713.086.207	2.543	1.828.011.652	2.714
von den ordentlichen Einnahmen entfallen auf:																
9 Grundsteuer A	953.749	2	972.157	2	966.949	2	12.466	0	12.762	0	966.215	1	984.918	1	979.353	1
10 Grundsteuer B	42.279.215	75	43.889.763	78	45.432.161	81	9.703.949	86	9.983.569	86	51.983.164	77	53.873.333	80	55.602.553	83
11 Kommunalsteuer	133.019.748	237	140.525.487	251	147.851.653	264	40.734.327	359	42.532.381	359	173.754.075	258	183.057.868	272	192.134.516	285
12 Vermögenssteuer	1.438.056	3	1.656.181	3	2.608.340	5	1.947.780	17	1.793.976	17	3.385.836	5	3.450.157	5	4.517.144	7
13 Hundesteuer	879.256	2	912.721	2	953.891	2	250.132	2	261.932	2	1.129.387	2	1.174.653	2	1.232.427	2
14 Gebrauchsabgabe	4.958.801	9	5.719.235	10	6.301.717	10	6.005.769	56	7.207.614	64	11.260.518	17	11.725.004	17	12.999.193	19
15 Verwaltungsabgabe	3.392.129	6	3.463.146	6	3.260.991	6	1.480.780	13	1.802.709	13	4.852.910	7	5.265.855	8	4.835.891	7
16 Sonstige Gemeindeabgaben 3)	2.810.094	5	2.819.852	5	2.792.120	5	5.664.530	50	5.873.778	52	8.474.625	13	8.639.658	13	8.665.898	13
17 Sonstige alte Gemeindeabgaben 4)	203.937	0	-77.365	0	-599.599	44	571.087	5	220.300	5	775.023	1	142.935	0	-1.696.480	-3
18 Interessentenbeiträge n.Verk/Aufschl/Abg	24.184.786	43	25.713.027	46	24.629.034	44	5.892.678	57	7.364.958	57	30.611.464	45	31.605.646	47	31.993.991	48
19 Summe Eigene Steuern	214.119.772	382	225.594.204	403	233.687.117	417	73.073.446	644	74.325.822	644	287.193.217	426	299.920.026	445	311.264.487	462
20 Abgabentragsanteile 5)	346.195.229	618	369.458.597	660	407.608.596	728	107.707.627	949	115.137.558	949	453.902.856	674	484.596.155	719	539.704.525	801
21 Spielbankabgabe 6)	1.076.429	1	1.428.898	3	1.718.382	3	1.492.833	13	1.468.701	13	2.568.982	4	2.897.599	4	3.608.579	5
22 Getränkesteuerausgleich	44.322.158	79	44.383.536	79	46.744.623	83	7.676.833	68	7.687.463	68	51.998.991	77	52.070.999	77	54.841.036	81
23 Summe Zellen 20 bis 22	391.593.816	699	415.271.031	741	455.071.601	814	116.876.893	1.030	124.293.722	1.030	508.470.709	755	539.564.753	801	598.154.140	688
24 Weitere Einnahmen:																
25 Benutzungsgebühren nach dem FAG 7)	134.159.432	240	136.000.031	243	137.998.937	246	16.443.043	145	17.025.714	150	150.602.475	224	153.025.745	227	155.409.077	231
26 Bedarfszuweisungen 8)	65.097.022	116	67.613.017	121	70.987.417	127	8.069.660	71	8.029.887	71	73.166.682	109	75.642.904	112	79.987.417	119
27 Summe Zellen 19, 23 und 25 bis 26	804.970.042	1.437	844.478.283	1.508	898.745.072	1.605	214.463.042	1.890	223.675.145	1.971	1.068.153.428	1.586	1.068.153.428	1.586	1.144.815.121	1.700
Sonstige Daten:																
28 Stand an Darlehensforderungen	6.738.700	12	6.304.954	11	8.487.314	15	15.873.926	140	12.143.151	140	22.612.626	34	18.448.105	27	18.594.232	28
29 Darlehensaufnahmen	77.563.487	138	59.880.645	107	74.423.221	133	72.488	1	0	0	77.635.975	115	59.880.645	89	74.423.221	110
30 Schuldzinsen	20.306.332	36	26.223.597	47	30.678.312	55	388.821	3	418.482	4	20.695.153	31	26.642.079	40	31.022.100	46
31 laufende Schuldentilgung	48.256.918	86	47.345.284	85	48.171.817	82	2.946.891	26	2.646.095	26	51.203.809	76	49.991.379	74	48.246.521	72
32 Schuldenstand zum 31.12.	772.422.161	1.379	769.354.428	1.374	789.623.591	1.410	2.143.400	189	18.784.305	189	793.852.561	147	788.138.733	1170	806.333.191	1.197
33 Erwerb bewegliches Vermögen	28.673.195	51	26.057.259	47	27.229.080	49	4.637.814	41	3.640.835	32	33.311.009	49	29.698.094	44	31.997.597	48
34 Erwerb unbewegliches Vermögen	203.256.630	363	206.065.964	368	202.440.735	361	12.775.175	113	11.699.073	103	217.653.036	321	217.765.036	323	217.464.562	323
35 Kapitaltransferzahlungen 9)	57.895.169	103	66.209.544	118	97.768.523	175	45.185.757	398	36.538.282	322	103.080.926	153	102.747.826	153	150.370.931	223
36 Zuführung an Rücklagen	30.527.760	60	52.268.946	67	42.414.327	42	10.148.847	105	12.640.842	105	40.676.607	105	64.909.787	105	48.140.348	105
37 Zuführung an a.o. Haushalt	37.678.914	67	39.479.424	70	42.065.843	67	105.617	105	9.480.000	105	37.784.531	105	48.959.424	105	54.765.843	105
38 Zahl der Beamten 10)	365	365	355	355	309	309	293	293	293	275	674	648	648	648	612	612
39 Zahl der sonstigen ständig Bediensteten	5.441	5.441	5.557	5.557	1.202	1.202	1.158	1.158	1.158	1.168	6.643	6.715	6.715	6.996	6.996	6.996
40 Summe ständig Bedienstete (VBÄ 11)	5.860	5.860	5.912	5.912	1.511	1.511	1.451	1.451	1.451	1.443	7.371	7.363	7.363	7.608	7.608	7.608

Anmerkung: 1) Um Abschlussbuchungen bereinigte Werte; 2) Ohne Pensionen und sonstige Ruhebezüge; 3) Sonstige Gemeindeabgaben: Parkabgaben, Kommissionsgebühren, Nebenansprüche, Sonstige Abgaben etc.;

4) Sonstige alte Gemeindeabg.: Gewerbesteuer, Getränksteuer, Anknüpfungsgabgabe, Minusbeiträge resultieren aus Rückerstattungen (i.w. Getränksteuer); 5) inkl. Bedarfsausgleich, Werbeabgabe und Werbebesteuer-Ausgl.; 6) Spielbankabgabe Innsbruck, Seefeld und Klitzbühel; 7) Benutzungsgebühren nach § 15 Abs. 3 Z. 4 FAG (Kanai, Wasser etc.); 8) BDDZw an Gemeinden und Gemeindeverbände lt. Aufzeichnung der Abt. Gemeindeangelegenheiten;

9) Kapitaltransferzahlungen: Zahlungen an Gebietskörperschaften, Subventionen an Vereine; 10) inkl. Sprengelärzte; 11) Vollbeschäftigungsäquivalente



<b>VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR JUNI 2009</b> (vorläufiges Ergebnis)		
	Mai 2009 (endgültig)	Juni 2009 (vorläufig)
<b>Index der Verbraucherpreise 2005</b>		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	107,7	107,7
<b>Index der Verbraucherpreise 2000</b>		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	119,1	119,1
<b>Index der Verbraucherpreise 96</b>		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	125,4	125,4
<b>Index der Verbraucherpreise 86</b>		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	163,9	163,9
<b>Index der Verbraucherpreise 76</b>		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	254,8	254,8
<b>Index der Verbraucherpreise 66</b>		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	447,2	447,2
<b>Index der Verbraucherpreise I</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	569,7	569,7
<b>Index der Verbraucherpreise II</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	571,6	571,6
<p>Der Index der Verbraucherpreise 2005 (Basis: Durchschnitt 2005 = 100) für den Kalendermonat Juni 2009 beträgt 107,7 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für Mai 2009 unverändert (Mai 2009 gegenüber April 2009: + 0,3 %). Gegenüber Juni 2008 ergibt sich keine Steigerung (Mai 2009/2008: + 0,3%).</p>		

**Erscheinungsort Innsbruck**  
**Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

**MEDIENINHABER (VERLEGER):**  
 Amt der Tiroler Landesregierung,  
 Abteilung Gemeindeangelegenheiten,  
 6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

*Für den Inhalt verantwortlich:* Dr. Helmut Praxmarer

*Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz:* Medieninhaber Land Tirol

*Erklärung über die grundlegende Richtung:* Information der Gemeinden

*Druck:* Eigendruck